

XXIV. GP.-NR  
Nr. 59 /Pet.

TD

Mag. Katharina Cortolezis-Schlager

22. Sep. 2010



Abgeordnete  
zum Nationalrat der  
Republik Österreich

Empfangsstempel

21. Sep. 2010

*[Handwritten signature]*

*[Handwritten signature: Zimmermann]*

An die  
Präsidentin des Nationalrates

Mag.<sup>a</sup> Barbara PRAMMER

im Hause

Wien, am 21. September 2010

Sehr geehrte Frau Präsidentin!

In der Anlage übermittle ich die Petition, „**Stopp dem Container-Wildwuchs an APS Schulstandorten – Für die Einführung eines Container-Verträglichkeits-Verfahrens**“ im Sinne des § 100 Abs. 1 Z 1 GOG mit dem Ersuchen um geschäftsordnungsmäßige Behandlung.

Mit freundlichen Grüßen

*[Handwritten signature of Katharina Cortolezis-Schlager]*

Mag. Katharina Cortolezis-Schlager  
Abgeordnete zum Nationalrat

*[Small handwritten mark]*

## Parlamentarische Petition

### **„Stopp dem Container-Wildwuchs an APS Schulstandorten – Für die Einführung eines Container-Verträglichkeits-Verfahrens“**

#### SACHVERHALT:

Seit nahezu 10 Jahren zeigen verantwortliche Bezirkspolitiker/innen den längst absehbaren räumlichen Engpass in einigen Wiener Bezirken an APS Schulstandorten auf.

#### Die Gründe dafür, sind vielschichtig:

- Zum Einen ist, wie z.B. im Westen von Wien erkennbar, durch Umwidmungen von großen Kleingartenanlagen in ganzjähriges Wohnen und attraktiver Wohnbau für Familien im Grünen, eine verstärkte Ansiedlung von Jungfamilien mit Kindern zu verzeichnen.
- Zum Anderen, Zuzug von EU-Bürgern und Familienzusammenführungen.
- Viele Wiener Schulbauten wurden bereits um 1900 erbaut. Demnach entsprechen sie den heutigen pädagogischen Anforderungen (wie Arbeit in Kleingruppen usw.) meist nicht.
- Die notwendige Senkung der Klassenschülerhöchstzahlen auf 25 Kinder pro Klasse hat ebenfalls absehbar mehr Platzbedarf nach sich gezogen.
- Der große Bedarf an Nachmittagsbetreuungseinrichtungen sowie den damit verbundenen notwendigen Begleiteinrichtungen, wie Schulküche, Speisesaal, Freizeiträume und Außenanlagen für Bewegung und Sport und anderer Einrichtungen, die qualitativ hochwertige und pädagogisch wertvolle Nachmittagsbetreuung sicher stellen.

Jahrelang wurden bereits Anträge und Anfragen in den Bezirksparlamenten eingebracht und auf die immer größer werdende Raumnot aufmerksam gemacht. Die Forderung nach entsprechenden Schulneubau ging auf Grund der teilweise überalterten Schulen, damit einher.

Über lange Zeit, hat die damals zuständige Stadträtin für Bildung, Jugend und Sport, VBgmin Grete Laska, diese Entwicklung nicht zur Kenntnis nehmen und das Problem nur durch „Schülerstromlenkungen“ als einzige Maßnahme lösen wollen.

Das Aufschieben der notwendigen Schulbauten, wurde nach dem Abgang der zuständigen Stadträtin, vom neuen Stadtrat Christian Oxonitsch, durch eine exorbitante Bautätigkeit in Form von Container-Klassen versucht wett zu machen.

Der vielfach im Wiener Gemeinderat eingebrachten Forderung nach der Erarbeitung eines Schulentwicklungsplanes, wurde seitens der Wiener Stadtregierung niemals zugestimmt.

Die Folge ist nun ein Wildwuchs von Schulcontainern ohne, dass Eltern, Schulleiter und Anrainer in geeigneter Form informiert und in die Planungen eingebunden wurden. Nachdem die Container aus dem Zentralbudget finanziert werden, sind auch die Bezirkspolitiker von offiziellen Informationen ausgeschlossen.

In höchst fragwürdiger Weise werden Eltern im Rahmen der Schulpartnerschaft „überzeugt“. Im Zuge der vorgesehenen Abstimmung im Schulforum, ob eine Schule zur „Offenen Schule“ und somit die Schule Nachmittagsbetreuung am Standort anbietet, lassen sich viele Eltern – ohne es zu wissen - auf

den Container-Bau ein. Was diese Entscheidung im Detail an Begleiterscheinungen mit sich bringt, sehen sie erst später:

- **Schleifen von Schulgärten,**
- **Verbauung von Freizeit- und Sportanlagen**
- **Wegfall von Grünanlagen**

Der Alltag in diesen Schulen, stellt sich auch völlig anders dar, als üblicherweise angenommen wird. Kaum jemand weiß, dass Schüler teilweise den ganzen Tag über in ein und demselben Raum verbringen. Die Klassenräume sind in einer „Mindestgröße“ ausgerichtet. Völlig getrennt vom Haupthaus und getrennt von allen anderen „gemeinsam“ benützten Räumen. Die Koordination zwischen Schulleitern und Nachmittagsbetreuern in Hinblick auf die Raumnutzungen stößt an manchen Standorten an die Grenzen des Machbaren.

Auf Grund der mangelnden Isolierung kommt es des Öfteren vor, dass KollegInnen im Sommer über Hitze und im Winter (auch oft wegen von Heizungsproblemen) über Kälte klagen. Weiters können SchülerInnen mit besonderen Bedürfnissen (Rollstuhlkinder) oft nicht optimal versorgt werden, weil ein Aufzug fehlt bzw. die Stiegen eng und steil sind.

Last but not least, sind auch Anrainer- oder Stadtbild-Interessen zu berücksichtigen:

- Wenn tatsächlich Grünraum verbaut wird;
- Wenn Containerblöcke, Erdgeschoß und 1. Stock auf ehemalige Freiflächen gebaut werden;
- Wenn die Schule in einem Schutzgebiet steht;
- Wenn der/die Container in einen Innenhof gebaut werden.

Die Metallhaut der Container ist nach Auskunft des Stadtratbüros aus Stabilitätsgründen notwendig. Um diese offenbar etwas attraktiver wirken zu lassen, werden die Außenhüte häufig in kräftigem hellgelb oder mittelblau gestrichen. Eine Maßnahme die nicht immer ins Stadtbild passt.

Der wichtigste Punkt ist jedoch, dass unsere Kinder in einer Atmosphäre, die einer Schule würdig ist, lernen und Leistung erbringen können. Die Beengtheit des Raumes führt gehäuft dazu, dass SchülerInnen schneller „verhaltenskreativ“ werden. Zu wenig Freiraum zum Austoben und Ausführen von sportlichen Aktivitäten wirken sich negativ auf die Gesundheit unserer Kinder aus.

Wir fordern daher:

1. Die Erstellung eines Schulentwicklungsplans, der bereits den voraussichtlichen Abbau der errichteten Container mit beinhaltet.
2. Die sofortige Einführung eines „Container-Verträglichkeits-Verfahrens (C-V-V)“.
3. Die sofortige Einstellung aller noch in der Planungsphase befindlichen Containerbauten, bis zum Vorliegen des „C-V-V“. Der jeweilige „Bauausschuss (BA)“ soll als Behörde das C-V-V prüfen und zwischengeschaltet werden. Nur eine „mehrheitliche“ Zustimmung des BA kann zum Bau von Schulcontainern führen.